

Beginn: 19:00 Uhr
 Ende: 20:07 Uhr

Sitzung-Nr: 01/vr/009/2020
 WP.: 2019/2024

NIEDERSCHRIFT

über die am 03.12.2020

**in der Berglandhalle Gossersweiler-Stein, Schulstraße 14, 76857 Gossersweiler-Stein
 stattgefundene 9. Sitzung des Verbandsgemeinderates der Verbandsgemeinde Annweiler am Trifels**

Zeit, Ort und Tagesordnung wurden am 27.11.2020 öffentlich bekannt gemacht (§ 34 Abs. 6 GemO)

Alle Ratsmitglieder wurden am 20.11.2020 schriftlich eingeladen.

Gesetzliche Zahl der Ratsmitglieder gemäß § 29 GemO: 33

Zahl der Beigeordneten: 3, stimmberechtigte Beigeordnete: 0

Zu Beginn der Sitzung waren anwesend:

Bürgermeister

Christian Burkhart	
--------------------	--

Erster Beigeordneter

Werner Kempf	
--------------	--

Beigeordnete

Ulrich Böck	
-------------	--

Reiner Niederberger	
---------------------	--

Ratsmitglieder

Hermann Hahn	
--------------	--

Lena Hirschinger	
------------------	--

Thomas Kiefer	
---------------	--

Klaus Kirsch	
--------------	--

Hans-Dieter Klein	
-------------------	--

Thomas Munz	
-------------	--

Dominik Rubiano Soriano	
-------------------------	--

Thomas Dietrich	auch als Vertreter der Ortsgemeinde Ramberg
-----------------	---

Christiane Huber	
------------------	--

Rudi Erdle	
------------	--

Mathias Geenen	
----------------	--

Elke Mandery	
--------------	--

Wolfgang Karch	anwesend ab 19.10 Uhr (TOP 1)
----------------	-------------------------------

Dr. Dagmar Lange	anwesend ab 20.17 Uhr (TOP 13.3)
------------------	----------------------------------

Werner Schreiner	
------------------	--

Sabine Trommershäuser-Gsottschneider	
--------------------------------------	--

Artur Bretz	
-------------	--

Dominik Harsch	
----------------	--

Andre Neumayer	
----------------	--

Christine Bergdoll	
--------------------	--

Hans-Günter Gerstle	
---------------------	--

Steffen Kremser	
-----------------	--

Ortsbürgermeister

Hans-Peter Carius	
-------------------	--

Verwaltung

Christina Abele	
-----------------	--

Manfred Hammer	anwesend im öffentlichen Teil der Sitzung
----------------	---

Frank Klos	
------------	--

Jürgen Kölsch	
---------------	--

Günter Magin	Seniorenbeauftragter, anwesend im öffentlichen Teil der Sitzung
Reiner Paul	
Angelika Schwamm	
Hans-Peter Spies	
Brigitte Wagner	
Schriftführer	
Marcel Ludwig	

Abwesend:***Ratsmitglieder***

Michael Martin	entschuldigt
Romy Schwarz	entschuldigt
Hans Bosch	entschuldigt
Torsten Hertel	entschuldigt
Anja Mohra	entschuldigt
Ernst Spieß	entschuldigt
Dirk Müller-Erdle	entschuldigt
Bernd Pietsch	entschuldigt
Mathias Spieß	entschuldigt
Matthias Dienes	entschuldigt

Stadtbürgermeister

Benjamin Seyfried	entschuldigt
-------------------	--------------

Ortsbürgermeister

Pascal Braun	
Reinhard Denny	
Gerhard Hammer	entschuldigt
Harald Jentzer	
Jürgen Munz	entschuldigt; Vertretung durch Ratsmitglied Thomas Dietrich (BGO in Ramberg)
Thomas Wick	

Erste Beigeordnete

Katharina Niering	
-------------------	--

Tagesordnung:**A. Öffentlicher Teil**

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes in den Ausschuss für Tourismus, Umwelt und Klimaschutz
- 3 Vorstellung Sportentwicklungskonzept der Verbandsgemeinde Annweiler am Trifels
- 4 Beratung und Beschlussfassung über die im Zuge der Auslegung des Haushaltsplanes eingegangenen Vorschläge und Anregungen
- 5 Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2021 und der Wirtschaftspläne Eigenbetrieb Abwasserentsorgung und Wasserversorgung sowie Regenerative Energien für das Wirtschaftsjahr 2021 einschließlich Investitionsprogramm für die Jahre 2020-2024
- 6 Beratung und Beschlussfassung zum Onlinezugangsgesetz (OZG) - Abschluss eines Dienstleistungsvertrages mit der KommWis GmbH zur Einrichtung eines "Kommunalen Projektbüros OZG"
Vorlage: 01/517/I/254/2020
- 7 Beratung und Beschlussfassung über die Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: 01/519/I/255/2020

- 8 Anträge
 - 8.1 Antrag CDU-Fraktion zur Einführung eines jährlich zu vergebenden Ehrenamtspreises
 - 8.2 weitere Anträge
 - 9 Petition zu Altschulden und Finanzausstattung der Kommunen in Rheinland-Pfalz
Vorlage: 01/520/V/405/2020
 - 10 Auftragsvergaben
 - 10.1 Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe von Bauleistungen für die Erneuerung der Kanalisation mit Hausanschlüssen in der Hohlstraße, Annweiler-Gräfenhausen
Vorlage: 01/521/VI/272/2020
 - 10.2 weitere Auftragsvergaben
 - 11 Anfragen
 - 11.1 Sachstand zum Hochwasservorsorgekonzept der Verbandsgemeinde
 - 11.2 weitere Anfragen
 - 12 Informationen
-

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die Sitzung. Einwände gegen die Niederschrift der letzten Sitzung wurden keine erhoben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird der langjährige Leiter der Volkshochschule der Verbandsgemeinde Annweiler am Trifels, Herr Manfred Hammer, vom Vorsitzenden verabschiedet, da Herr Hammer seine Funktion zum Jahreswechsel niederlegen wird.

Das Ratsmitglied Thomas Dietrich stellt den Antrag, die Tagesordnungspunkte 3 und 8.1 auf Grund der aktuellen Situation zu vertragen.

Der Verbandsgemeinderat beschließt mit 2 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen, den Tagesordnungspunkt 3 nicht zu vertragen.

Der Verbandsgemeinderat beschließt mit 4 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen, den Tagesordnungspunkt 8.1 nicht zu vertragen.

1 Einwohnerfragestunde

Es sind keine Anwohner anwesend.

2 Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes in den Ausschuss für Tourismus, Umwelt und Klimaschutz

Die FWG-Fraktion schlägt Frau Christina Gröber als stellvertretendes Mitglied für den Ausschuss für Tourismus, Umwelt und Klimaschutz vor.

Der Verbandsgemeinderat beschließt einstimmig, die Wahl per Akklamation durchzuführen.

Der Verbandsgemeinderat wählt Frau Christina Gröber einstimmig als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Tourismus, Umwelt und Klimaschutz.

3 Vorstellung Sportentwicklungskonzept der Verbandsgemeinde Annweiler am Trifels

Der Vorsitzende informiert über den Sachstand zum Sportstättenentwicklungskonzept. In der nächsten Sitzung des Verbandsgemeinderates soll es eine Aussprache zu diesem Thema geben.

4 Beratung und Beschlussfassung über die im Zuge der Auslegung des Haushaltsplanes eingegangenen Vorschläge und Anregungen

Es sind keine Vorschläge oder Anregungen eingegangen.

5 Beratung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2021 und der Wirtschaftspläne Eigenbetrieb Abwasserentsorgung und Wasserversorgung sowie Regenerative Energien für das Wirtschaftsjahr 2021 einschließlich Investitionsprogramm für die Jahre 2020-2024

Der Bürgermeister hält seine Haushaltsrede und informiert darin über die wesentlichen Punkte der Haushaltsplanung.

Auf die Niederschrift sowie die Anlagen zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 12.11.2020 wird verwiesen.

Anschließend nehmen die Fraktionen Stellung zur Haushaltsplanung.
Alle Fraktionen äußern sich positiv und stimmen der Planung zu.

Der Verbandsgemeinderat beschließt die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2021 und die Wirtschaftspläne Eigenbetrieb Abwasserentsorgung und Wasserversorgung sowie regenerative Energien für das Wirtschaftsjahr 2021 einschließlich Investitionsprogramm für die Jahre 2020-2024 einstimmig.

6 Beratung und Beschlussfassung zum Onlinezugangsgesetz (OZG) - Abschluss eines Dienstleistungsvertrages mit der KommWis GmbH zur Einrichtung eines "Kommunalen Projektbüros OZG"
Vorlage: 01/517/I/254/2020

Im August 2017 ist das Onlinezugangsgesetz (OZG) im Rahmen des Gesetzes zur Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems im Bundestag beschlossen worden. Dieses Gesetz sieht verschiedene Maßnahmen vor, die einen verbesserten Onlinezugang für Bürgerinnen und Bürger und für Unternehmen sicherstellen sollen. Die Kernaufgabe und Herausforderung im Onlinezugangsgesetz liegt in der Verpflichtung, bis Ende 2022 identifizierte und als OZG relevante Verwaltungsleistungen online zur Verfügung zu stellen.

Der Bund hat in seinem Umsetzungskatalog den Umfang der betroffenen Verwaltungsleistungen für Bund, Länder und Kommunen auf 575 Leistungen festgeschrieben. Ca. 460 davon werden vom Bund und den Ländern mit kommunalem Bezug eingestuft. Die Umsetzung des Gesetzes und dieser Leistungen erfordert einen immensen Koordinations- und Betreuungsaufwand.

Um diese Herausforderungen bewältigen zu können, erachten die kommunalen Spitzenverbände eine eigene kommunale Projektsteuerung für zwingend erforderlich. Sie beabsichtigen daher ihre Tochtergesellschaft KommWis zu beauftragen, ein „kommunales Projektbüro OZG“ einzurichten. KommWis ist aus Sicht der Verbände geeignet, die zur Ausführung und Umsetzung des Gesetzes notwendige kommunale Steuerung zu übernehmen.

Zentrale Aufgabe eines solchen neuen Kommunalen Projektbüros wäre es, in Abstimmung mit den Kommunen, die Umsetzung der kommunal-relevanten Prozesse aus den 575 OZG-Leistungen zu planen, zu entwickeln und auszurollen.

Das Land und die Spitzenverbände schaffen zudem über das Projektbüro eine organisatorische Schnittstelle zum Land, um einerseits die Ergebnisse aus dem Projekt OZG-Föderal in die Kommunen transportieren zu können, andererseits aber auch die landesspezifischen Ressortbeteiligungen bei den Aufgabenerledigungen von Auftragsangelegenheiten sicher stellen zu können. Darüber hinaus werden die kommunalen Interessen bei der Weiterentwicklung der E-Government-Basisdienste wahrgenommen.

Der voraussichtliche Kostenanteil für die Beteiligung der Verbandsgemeinde Annweiler am Trifels am „kommunalen Projektbüro OZG“ beträgt derzeit jährlich ca. 3.500 €.

Der Verbandsgemeinderat ermächtigt die Verwaltung einstimmig, einen Dienstleistungsvertrag für die Aufgabe „Kommunales Projektbüro OZG“ mit der KommWis GmbH mit Vertragsbeginn zum 01.01.2021 abzuschließen.

7 Beratung und Beschlussfassung über die Änderung der Hauptsatzung Vorlage: 01/519/I/255/2020

Eine Änderung der Hauptsatzung wird notwendig, da die Ortsgemeinde Münchweiler am Klingbach den Standort der Bekanntmachungstafel wechseln wird.

Bei der Änderung der Ausschusssitze im Ausschuss für Jugend, Grundschulen und Volkshochschule handelt es sich lediglich um eine redaktionelle Änderung.

Des Weiteren hat der Ausschuss für Brandschutzwesen in seiner Sitzung vom 05.11.2020 empfohlen, die Hauptsatzung dahingehend zu ändern, dass zukünftig drei Stellvertreter die Aufwandsentschädigung in Höhe von jeweils 25 % der Aufwandsentschädigung des Wehrleiters gezahlt werden kann. Der Haupt- und Finanzausschuss hat diese Änderungen in seiner Sitzung vom 12.11.2020 zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Verbandsgemeinderat beschließt, die der Originalniederschrift beiliegende Änderung der Hauptsatzung einstimmig.

Des Weiteren beschließt der Verbandsgemeinderat einstimmig, dass zeitlich begrenzt eine Aufwandsentschädigung an 4 stellvertretende Wehrleiter ausgezahlt wird.

8 Anträge

Siehe TOP 8.1 und 8.2.

8.1 Antrag CDU-Fraktion zur Einführung eines jährlich zu vergebenden Ehrenamtspreises

Die Vorsitzende der CDU-Fraktion, Frau Lena Hirschinger, erläutert den Antrag und beantwortet Fragen der Ratsmitglieder.

Die Vorsitzende befürwortet die Einführung des Ehrenamtspreises.

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion, Herr Hans-Günter Gerstle, beantragt, die Formulierung im vierten Absatz insoweit abzuändern, dass die Vorschläge im Ältestenrat behandelt werden.

Zunächst wird über den weitergehenden Antrag, also den Antrag der CDU-Fraktion, entschieden. Anschließend wird über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion entschieden.

Der Verbandsgemeinderat beschließt mit 18 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen, den Antrag wie vorgelegt anzunehmen und einen jährlich zu vergebenden Ehrenamtspreis einzuführen.

Der Verbandsgemeinderat beschließt mit 6 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen, den Antrag der AfD-Fraktion über die Änderung der Formulierung des Absatzes 4 des Antrages, abzulehnen.

8.2 weitere Anträge

Es liegen keine weiteren Anträge vor.

9 Petition zu Altschulden und Finanzausstattung der Kommunen in Rheinland-Pfalz Vorlage: 01/520/V/405/2020

Vor dem Hintergrund der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen in Rheinland-Pfalz hat das Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ in Pirmasens eine Online-Petition gestartet. Die digitale Unterschriftenaktion wendet sich an die Landesregierung und die Fraktionsvorsitzenden im Landtag. Durch die Petition soll beim Land eine **auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen** sowie die dringend notwendige **Lösung der Altschulden-Problematik** eingefordert werden. Erstmals können auch Bürger die verschuldeten Kommunen durch Unterzeichnung der Online-Petition unterstützen (Link zur Online-Unterstützung: www.change.org/petitionheimat).

Die Verschuldung der Kommunen ist in Rheinland-Pfalz ein Dauerthema und die Debatte darüber wird zunehmend schärfer geführt. Anlass dafür ist, dass die Schuldenberge stetig steigen. Immer mehr Gemeinden, Städten und Landkreisen droht der Verlust eigener Gestaltungsfähigkeit, die Erfüllung der Aufgaben für die örtliche Gemeinschaft wird zusehends eingeschränkt, die Lebensperspektiven und Zukunftschancen der Menschen triffen auseinander. Elf der bundesweit 20 am höchsten verschuldeten Städte und Landkreise liegen in Rheinland-Pfalz. Trotz vielfältiger eigener Sparmaßnahmen bekommen viele Gemeinden, Städte und Landkreise die massiven Probleme nicht in den Griff.

In der Verbandsgemeinde Annweiler am Trifels sind insbesondere die Stadt Annweiler am Trifels und die Ortsgemeinde Albersweiler von dieser Problematik betroffen. Beide Gemeinden nehmen seit 2012 am kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz teil. Trotzdem hat sich die Situation nicht verbessert. Die Liquiditätsverbindlichkeiten haben sich nicht reduziert, sondern deutlich erhöht.

Der Streit um eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen wird immer häufiger vor Gericht ausgetragen. Bereits 2012 hat sich der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz mit dem Thema beschäftigt. Anschließend musste das Land im Rahmen der Neuregelung des Finanzausgleichs einen spürbaren Beitrag zur Bewältigung der kommunalen Finanzkrise leisten. Dies hat aber offensichtlich nicht zu einer grundlegenden Verbesserung der Finanzsituation bei den Kommunen geführt. Deshalb beschäftigt sich der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz aktuell erneut mit der Finanzausstattung der Kommunen.

Die Kommunen benötigen umgehend eine ausreichende Finanzierung sowie eine Lösung für die Altschulden-Problematik. Vor diesem Hintergrund wird dem Verbandsgemeinderat empfohlen, die Online-Petition mitzutragen.

Die Ratsmitglieder nehmen Stellung zur Petition.

Der Verbandsgemeinderat beschließt mit 19 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und 2 Enthaltungen, die Petition mitzutragen.

10 Auftragsvergaben

Siehe TOP 10.1 und 10.2.

10.1 Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe von Bauleistungen für die Erneuerung der Kanalisation mit Hausanschlüssen in der Hohlstraße, Annweiler-Gräfenhausen **Vorlage: 01/521/VI/272/2020**

Der Mischwasserkanal der Hohlstraße in Gräfenhausen ist in einem schlechten Zustand (Schadensklasse 0 und 1) und muss erneuert werden. Dies soll im Zuge mit der Sanierung der Straße erfolgen. Daneben werden die Trinkwasserleitungen sowie die Niederspannungsverkabelungen erneuert.

Der Hauptkanal soll auf einer Länge von rd. 270 m erneuert werden. Durch die zwischenzeitlich durchgeführte Aufstellung eines Hochwasserschutzkonzeptes wurde die Straßenbaumaßnahme um die seitliche Stichstraße bis zur Einmündung in die Krummgasse (Länge ca. 80 m), in westliche Richtung erweitert, so dass wir auch in diesem Bereich Regenwasser- und Mischwasserleitungen erneuern wollen. Die Untersuchungen des Kanals ergaben, dass eine Inlinersanierung vorliegend nicht möglich ist und der Kanal im offenen Verfahren auszutauschen ist.

Die Baumaßnahme soll im Frühjahr 2021 starten und ist eine Gemeinschaftsmaßnahme mit den Stadtwerken Annweiler (Strom, Trinkwasserleitungen) sowie der Stadt Annweiler am Trifels (Straßenbau). Die Bauzeit wird mit etwa einem Jahr geschätzt.

Die Kostenschätzung für den Hauptkanal – einschließlich 33 Hausanschlüsse – geht derzeit von Gesamtkosten von 472.000 € (brutto) aus. Die Gesamtmaßnahme wurde beschränkt nach den Vorgaben der VOB/A und den aktualisierten „Corona“-Vergaberichtlinien ausgeschrieben. Die Angebotsplankette wurde an insgesamt 10 Bewerber verschickt.

Die Submission soll am **26.11.2020** stattfinden. Da „coronabedingt“ in 2020 keine Sitzung des zuständigen Entscheidungsgremiums (Werkausschuss) mehr stattfinden soll, wird vorgeschlagen, dass der Verbandsgemeinderat anstelle des zuständigen Gremiums entscheiden soll, was rechtlich möglich ist.

Die Ergebnisse der Submission werden in der Sitzung des Verbandsgemeinderates am **03.12.2020** vorgestellt.

Der Verbandsgemeinderat beschließt einstimmig, den Bürgermeister zu ermächtigen, den Auftrag nach Abschluss des Vergabeverfahrens an den wirtschaftlichsten Anbieter zu vergeben.

10.2 weitere Auftragsvergaben

Es liegen keine weiteren Auftragsvergaben vor.

11 Anfragen

Siehe TOP 11.1 und 11.2.

11.1 Sachstand zum Hochwasservorsorgekonzept der Verbandsgemeinde

Der Vorsitzende berichtet über geringes Interesse an der Online-Beteiligung der Bürger am Hochwasservorsorgekonzept.

Nähere Informationen liegen den Ratsmitgliedern vor und sind der Originalniederschrift beigelegt.

11.2 weitere Anfragen

Es liegen keine weiteren Anfragen vor.

12 Informationen

Der Vorsitzende informiert darüber, dass das Projekt KlimawandelAnpassungs-COACH RLP, an dem auch die Verbandsgemeinde Annweiler am Trifels teilgenommen hat, einen deutschlandweiten Wettbewerb, den sogenannten „Blauen Kompass“ gewonnen hat.

Worüber Niederschrift

Der Vorsitzende

Der Schriftführer